

**HESSISCHER LANDTAG****Kleine Anfrage****Yanki Pürsün (Freie Demokraten)****Wie belastbar ist die Datenbasis zur Wirksamkeit der Sicherheitsmaßnahmen im Frankfurter Bahnhofsviertel?****Vorbemerkung:**

Die Landesregierung hat in der Antwort auf die Kleine Anfrage Drs. 21/861 mitgeteilt, dass im Frankfurter Bahnhofsviertel im Jahr 2022 insgesamt 5.044 Platzverweise ausgesprochen wurden. Zugleich erklärte sie, die statistische Erfassung der Platzverweise habe im Jahr 2022 geendet. In der Antwort auf Drs. 21/3545 führte die Landesregierung aus, belastbare Zahlen zu Aufenthaltsverboten könnten aus den polizeilichen Vorgangsdaten nicht erhoben werden. Verstöße gegen Aufenthaltsverbote würden in Hessen nicht statistisch erfasst. Das Polizeipräsidium Frankfurt am Main veröffentlichte für das Jahr 2025 hingegen 283 Aufenthaltsverbotsverfügungen sowie 430 geahndete Verstöße gegen solche Verfügungen. Nach der Zwischenbilanz zum Sieben-Punkte-Plan wurden zwischen Dezember 2024 und Dezember 2025 im Bahnhofsviertel 182 Strafverfahren wegen Verstößen gegen Aufenthaltsverbote eingeleitet. Davon waren 149 bereits abgeschlossen. Im Juni 2026 kündigten Land und Stadt zudem ein fortlaufendes Monitoring zur Optimierung der Strafbefehlsverfahren nach § 43b HSOG an. Auch für Videoschutz und Waffenverbotszone liegen umfangreiche Tätigkeitszahlen vor. Im Jahr 2025 wurden 797 Straftaten im Bahnhofsviertel mit Unterstützung der Videoschutzanlage aufgeklärt. In der Waffenverbotszone wurden 321 Messer sichergestellt. Die Zahl der Messerangriffe sank von 49 auf 42. Zugleich stiegen die Rohheitsdelikte im Bahnhofsviertel um 14,7 Prozent sowie die Körperverletzungsdelikte um 21,9 Prozent.

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf welcher konkreten Datenquelle beruht die für das Jahr 2025 veröffentlichte Zahl von 283 Aufenthaltsverbotsverfügungen im Frankfurter Bahnhofsviertel?
2. Auf welcher konkreten Datenquelle beruht die für das Jahr 2025 veröffentlichte Zahl von 430 geahndeten Verstößen gegen Aufenthaltsverbote im Frankfurter Bahnhofsviertel?
3. Wie erklärt die Landesregierung die Abweichung ihrer Aussage in Drs. 21/3545 von den für 2025 veröffentlichten Zahlen des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main?
4. Welche Verfahrensmerkmale werden im am 26. Juni 2026 angekündigten fortlaufenden Monitoring zu § 43b HSOG erfasst?
5. Wie verteilen sich die 149 bis Dezember 2025 abgeschlossenen Strafverfahren wegen § 43b HSOG auf die jeweiligen Erledigungsarten?
6. Welche Einstellungsgründe wurden bei den eingestellten Verfahren wegen § 43b HSOG dokumentiert?
7. Aus welchem Grund wurde die statistische Erfassung der polizeilichen Platzverweise nach dem Jahr 2022 beendet?
8. Wie viele Ingewahrsamnahmen wegen Verstößen gegen Aufenthaltsverbote erfolgten im Frankfurter Bahnhofsviertel je Kalenderjahr von 2022 bis 2025?
9. Wie viele Polizeieinsätze im Frankfurter Bahnhofsviertel wurden im Jahr 2025 durch im Video-Operations-Center erkannte Gefahrensituationen ausgelöst?
10. Mit welcher empirischen Methode bestimmt die Landesregierung den eigenständigen Effekt der Waffenverbotszone auf die Zahl der Messerangriffe im Frankfurter Bahnhofsviertel?

Wiesbaden, den 28.09.2026**Yanki Pürsün**